

**Europäische
Sicherheit**

Europäische Sicherheit

Politik • Streitkräfte • Wirtschaft • Technik



**Konzept
»Vernetzte
Sicherheit«**

**Deutsche
Sicherheitspolitik**



Das südliche Afrika auf dem Weg in die Krise – Teil 2

Anders als in Südafrika selbst hielt sich in der politisch korrekten Außenwelt nach dem Machtwechsel von 1994 lange der unrealistische Glaube an das »Wunder vom Kap«. Euphorisch wurde an die Verwirklichung der von Nelson Mandela proklamierten »Regenbogennation« geglaubt. Doch hatten die Kontrahenten nach 350 Jahren rassistischer Trennung lediglich einen vorübergehenden realpolitischen Kompromiss geschlossen, um das drohende Abgleiten in einen desaströsen Bürgerkrieg zu vermeiden. Südafrika ist weiterhin zutiefst gespalten, freilich nicht mehr ausschließlich entlang der Rassenlinie. Eine weitere törichte These lautete, dass das neue Südafrika seine darnieder liegenden Nachbarn wie eine Lokomotive auf den Weg zu Stabilität und Entwicklung ziehen würde. In der Tat verfügt die Kaprepublik über ein großes wirtschaftliches Potenzial und bringt bei sechs Prozent der Bevölkerung ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) südlich der Sahara hervor. Doch genauso groß sind die Probleme Südafrikas, wie nun immer deutlicher erkennbar wird.

So lässt die für Mitte 2010 vorgesehene Austragung der Fußballweltmeisterschaft Zweifel an der Fähigkeit des Landes aufkommen, eine so große Veranstaltung durchzuführen. Höchste Hürde ist die ausufernde Gewaltkriminalität: über 50 Morde am Tag, zahllose fehlgeschlagene Mordanschläge, ebenso zahlreiche Fälle von Straßenraub, bewaffneten Einbrüchen, Hijackings, Vergewaltigung (oft von Kindern durch HIV/Aids-Infizierte) etc. So empfiehlt Thomas Kistner Reiseveranstaltern, ihren Touristen »lebensrettende Hinweise zum Straßenalltag« mit auf den Weg zu geben (SZ vom 11.7.2008, S. 31). Nach Kolumbien gilt Südafrika als das Land mit der weltweit höchsten Gewaltkriminalität. Der Alltag der Schwarzen ist übrigens noch gefährlicher als derjenige der Angehörigen von ethnischen Minderheiten, die sich besser schützen können.

Teilweise sind die Kriminellen Einzeltäter, teilweise handelt es sich um professionell organisierte Banden, die mit Kriegswaffen und militärischer Präzision vorgehen. Die in großen Teilen inkompetente, korrupte oder schlecht motivierte Polizei ist nicht in der Lage, die Gewaltkriminalität effizient zu bekämpfen. Private Sicherheitsdienste spielen eine immer größere Rolle, untergraben damit aber das Gewaltmonopol des Staates. Schwarze Schafe unter Sicherheitsleuten sind selbst in kriminelle Aktivitäten verwickelt.



Der Vizepräsident des ANC, Kgalema Motlanthe (li.) und der der Präsident des ANC, Jacob Zuma, auf dem Weg ins Parlament von Südafrika.
Fotos: dpa

Chancen und Risiken in Südafrika

Die auf 56.000 Mann geschrumpfte und zur Berufsarmee umgerüstete South African National Defence Force (SANDF) schneidet in punkto Ausbildung und Ausrüstung im afrikanischen Vergleich vergleichsweise gut ab und soll das Rückgrat der von der Southern African Development Community (SADC) bis 2010 aufzustellenden SADCBRIG bilden, eines Bestandteils der künftigen African Standby Force der Afrikanischen Union. Als eine von wenigen afrikanischen Armeen verfügt die SANDF über strategische, operative und taktische Lufttransportkapazitäten, außerdem über die leistungsfähigste Marine südlich der Sahara, die enge Kontakte zur Deutschen Marine pflegt (z.B. regelmäßige gemeinsame Übungen GOOD HOPE). Doch hat die Kampfkraft der SANDF stark nachgelassen. Intakte Einheiten werden in internationale Friedensmissionen nach Darfur oder in die Demokratische Republik Kongo geschickt – andererseits haben die Streitkräfte zunehmend mit dem Mangel an qualifizierten Offizieren, überalterten Mannschaften, hohen Ausfallraten infolge HIV/Aids-Durchseuchung, Verwaltungsschwäche sowie mangelhafter oder

infolge Geldmangels eingemotteter Ausrüstung zu kämpfen.

Heute fehlt in Südafrika ein effizienter öffentlicher Dienst. Wo er noch vorhanden ist, ist er oft korrupt. Das gilt für Polizei, Gerichts- und Strafvollzug, Gemeindeverwaltung, Zoll- und Einwanderungskontrolle, staatliches Ausbildungs- und Gesundheitswesen etc. Keine geringere als die damalige Ministerin für den Öffentlichen Dienst, Geraldine Fraser-Moleketi (ANC), beklagte Anfang 2008, alleine auf nationaler Ebene fehle es an über 42.000 qualifizierten und hoch qualifizierten Mitarbeitern. Und sehr viele weitere sind ihren Aufgaben nicht gewachsen, vor allem auf Provinz- und Lokalebene. Als Folge der seit 1994 praktizierten Politik der »affirmative action«, d.h. der Ersetzung gut ausgebildeter, in der Regel afrikaanssprachiger weißer Staatsdiener durch kaum oder gar nicht qualifizierte, dem ANC verbundene Schwarze, ist die staatliche Verwaltung mit Ausnahme der Finanz- und Steuerbürokratie schlichtweg verlottert.

Wer noch an die gelungene Transformation geglaubt hat, den sollte der ANC-Kongress im Dezember 2007 eines Besseren belehrt haben. Jacob Zuma, bislang stellvertretender Vorsitzender, wurde mit Unterstützung der ANC-Allianzpartner South African Communist Party (SACP) und Con-

gress of Trade Unions (COSATU) sowie militanter ANC-Gliederungen (Jugendliga, Frauenliga) zum neuen Präsidenten der Partei gewählt. Die politischen und ökonomischen Verlierer des Transformationsprozesses bereiteten dem wirtschaftsnahen Thabo Mbeki und seinem Gefolge eine vernichtende Niederlage. Sie besetzen jetzt alle Führungspositionen in der einstigen Befreiungsbewegung. Erwähnung verdienen vor allem Zumas neuer Stellvertreter Kgalema Motlanthe, der neue Schatzmeister Matthew Phosa und der neue Generalsekretär Gwede Mantashe, der zugleich Vorsitzender der SACP blieb. Dass die Wahl des letzteren die in- und ausländische Wirtschaft mit großer Sorge erfüllt, versteht sich von selbst.

Für den Absturz Mbekis gibt es eine ganze Reihe von Gründen: So entfremdete ihn sein abgehobener, autoritärer Führungsstil der Basis. Seine liberale Wirtschaftspolitik führte in den Augen vieler Kritiker zwar zu guten makro-ökonomischen Daten, aber auch zur Zunahme von großer sozialer Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Armut. Schon die auf über zehn Prozent gewachsene Inflation trifft die Armen sehr hart (Anstieg der Kosten für Lebensmittel, Paraffin und Transport). Hinzu kommt die von der Mbeki-Regierung stets heruntergespielte Geisel der Gewaltkriminalität.

Die drei ethnischen Minderheiten (Weiße, Mischlinge, Asiaten) wurden unter Mbeki weitgehend entmachtet. Auch im ANC sind sie aus Führungspositionen verschwunden. In Staat und Wirtschaft förderte Mbeki – mitunter mit unüberhörbarer afro-nationalistischer Rhetorik – die Entstehung einer schwarzafrikanischen Elite, die sich freilich schnell von den Sorgen und Nöten der breiten Massen abkoppelte und gut dotierte Positionen und Staatsaufträge einheimste.

Zuma-Anhänger forderten seit Polokwane immer lauter einen sofortigen Rückzug Mbekis aus dem Amt des Staatspräsidenten. Diese Rufe wurden lauter und hatten im September 2008 Erfolg, als – begleitet von militanten Straßenprotesten – ein Richter das von Mbeki tatkräftig unterstützte Korruptionsverfahren gegen Zuma einstellte und dem Präsidenten unberechtigte Intervention unterstellte. Dieser reagierte empört und erklärte, die Verfahrenseinstellung anzufechten. Damit eskalierte der Machtkampf in der ANC-Allianz. Schließlich blieb dem vom Parlament gewählten Staatspräsidenten Mbeki nichts anderes übrig, als zum 25. September zurückzutreten. Da Zuma ohne Parlamentssitz nicht zum Staatspräsidenten gewählt werden konnte, wurde der stellvertretende ANC-Vorsitzende Kgalema Motlanthe vorübergehender Nachfolger. Nach den Parlamentswahlen im Frühjahr 2009 soll er seinem Mentor Zuma das Feld überlassen. Von verschiedener Seite sind Rechtsmittel gegen die Zuma-Gerichts-

entscheidung angekündigt. Sollte es wider Erwarten doch noch zu einer Verurteilung Zumas kommen, könnte ersatzweise der amtierende Staatspräsident Motlanthe 2009 zum Präsidentschaftskandidaten der ANC-Allianz gekürt werden. Er agiert zurückhaltender als Zuma.

Ob die von dem früheren Verteidigungsminister Mosiuoa Lekota, dem zurückgetretenen Gauteng-Premierminister Sam Shilowa und anderen ANC-Renegaten, möglicherweise mit diskreter Unterstützung Mbekis, vorbereitete neue Partei Congress of the People (COPE) die politische Landschaft Südafrikas verändern wird, bleibt abzuwarten. Möglicherweise ist es die Geburtsstunde der ersten ernstzunehmenden, programmatisch in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelten Oppositionspartei. In einigen Regionen wie Western Cape und Northern Cape hat sie gute Ausgangschancen. Vielleicht wird COPE aber auch ein Sammelbecken von

PE demokratisch oder gewalttätig ausgeübt werden wird – verbaler Radikalismus auf beiden Seiten und militante Aktionen von ANC-Anhängern gegen COPE-Veranstaltungen sind Warnsignale.

Es wäre jedoch voreilig zu urteilen, Südafrika werde unter einem möglichen Nachfolger Zuma einen linksradikalen Kurs einschlagen und Simbabwe in die Zerstörung folgen. Zuma nahm zwar die Unterstützung radikaler und militanter Gruppen an, gilt jedoch als pragmatisch. Seine Unterstützer reichen von Kommunisten und Sozialisten über Gewerkschafter, Afro-Nationalisten (ANC-Jugendliga) bis hin zu millionenschweren Wendegewinnlern wie dem ANC-Oligarchen Tokyo Sexwale. Unübersehbar ist freilich, dass der ANC inzwischen deutlich militanter geworden ist und gerade die Kommunisten an Einfluss gewonnen haben.

Im Mai 2008 machten fremdenfeindliche Unruhen in den Großräumen Johannes-



Menschen auf einem Markt für Nahrungsmittel in Südafrika.

Unzufriedenen bleiben, zu keiner klaren Programmatik finden und in der politischen Bedeutungslosigkeit enden. Mehrheitsfähig dürfte die Neugründung 2009 noch keinesfalls sein. Die Konkurrenz aus dem eigenen Lager könnte der ANC-Allianz aber die Zwei-Drittel-Mehrheit im Kapstädter Parlament kosten.

Bedenklich war die Unterstützung, die Zuma während des Strafverfahrens erfuhr. Selbst COSATU-Generalsekretär Zwelinzima Vavi äußerte: »Weil Jacob Zuma einer von uns und unser Anführer ist, sind wir bereit, für ihn zu töten.« Überall im Lande wurde sein Lieblingslied aus der Zeit des Kampfes gegen Apartheid gesungen, auch von Zuma selbst: »Bringt mir mein Maschinengewehr!« Es bleibt abzuwarten, ob der Bruderzwist zwischen ANC und CO-

burg, Durban und Kapstadt sowie wenige Wochen später ein landesweiter Generalstreik deutlich, was vom südafrikanischen »Wunder« geblieben ist. Ineffiziente Grenzkontrollen haben etwa fünf Millionen Bürger anderer afrikanischer Länder befähigt, illegal in die Kaprepublik einzureisen. Hier beschuldigen Einheimische, ihnen Arbeitsplätze wegzunehmen, das HIV/Aids-Virus noch weiter zu verbreiten und den eigenen Lebensunterhalt durch Straftaten zu bestreiten. Mindestens 62 Menschen wurden zu Tode gelyncht, 670 verletzt und 85.000 vertrieben. Kriminelle nutzten die Ausschreitungen für Raubzüge und heizten sie noch an.

»Affirmative Action« führte zu weiteren Schwächen des Landes, die erst in diesem Jahr die Medien beschäftigten, so beim

staatlichen Energieversorger ESCOM, bei der Trinkwasserversorgung und Abwasser- aufbereitung sowie bei der nationalen Fluglinie South African Airways (SAA). Voraussehbare, aber nicht vorausgesehene Engpässe bei der Energieversorgung führten dazu, dass bis 2013 ca. zehn Prozent der bisherigen Strommenge nicht zur Verfügung stehen werden, und das in einem Land der Bergwerke. Mangels sachkundiger Staats-

Person auch eine Chance für Südafrika sein. Wenn es wie im Irak gelingt, möglichst viele der seit 1994 abgehalfterten Staatsdiener wieder in ihre alten Funktionen zurückzuholen, kann die Kaprepublik dem drohenden Chaos entgehen. Auch müssen die ökonomisch sehr aktiven Minderheiten dazu motiviert werden, sich wieder für die Stabilisierung und Entwicklung des Landes einzusetzen.



Demonstrationen gegen Fremdenfeindlichkeit in Johannesburg.

diener werden Trinkwasser- und Abwassersysteme heute oft nicht mehr gewartet, geschweige denn repariert. Hinzu kommt der grassierende Energiemangel, denn auch Kläranlagen brauchen Strom. Unterbrechungen der Energiezufuhr beeinträchtigen auch Sicherheitssysteme wie Alarmanlagen und Überwachungskameras, womit die bereits enorm hohe Kriminalitätsrate weiter ansteigen kann. Sinkende Standards infolge Abwanderung qualifizierter Experten machen auch der nationalen Fluglinie SAA zu schaffen. Im Jahr 2008 drohte ihr die US Federal Aviation Authority den Entzug der Landrechte an, sollte sie die Probleme nicht in den Griff bekommen. Man geht davon aus, dass bis zu einer Million von 5,2 Mio. Weißen seit 1994 ausgewandert ist. Qualifizierte Südafrikaner anderer Bevölkerungsgruppen folgen ihnen nach.

Internationale Wirtschafts- und Finanzexperten bewerten Südafrika kritisch und prophezeien ihm in der gegenwärtigen Krise besonders große Probleme. Gemäß der Frankfurter Allgemeinen Zeitung »halten viele Anlagestrategen Südafrika für politisch deutlich instabiler als die meisten anderen Schwellenländer« (FAZ, 18.11.2008).

Zumas mögliche Wahl zum Staatspräsidenten im Frühjahr 2009 könnte trotz aller berechtigten Vorbehalte gegenüber seiner

Zuma lässt seit einiger Zeit erkennen, dass er eine solche pragmatische Lösung unterstützt. So betonte der neuen ANC-Schatzmeister und Zuma-Vertraute Matthew Phosa Ende August 2008 bei einer Konferenz afrikaanssprachiger konservativer Weißer in Pretoria/Tshwane auf Afrikaans, dass diese Bevölkerungsgruppe in den Bereichen Dienstleistungen, ökonomisches Wachstum und Sicherheit eine äußerst wichtige Rolle spielen müsse. Im September 2008 vertrat, gleichfalls im Auftrag Zumas, kein geringerer als Motlanthe in der einstigen afrikaanssprachigen Eiliteuniversität Stellenbosch identische Thesen. Motlanthe hatte außerdem im August angedeutet, dass es möglicherweise an der Zeit sei, die Politik der »affirmative action« auslaufen zu lassen (was vom ANC-Generalsekretär und SACP-Vorsitzenden Gwede Mantashe freilich umgehend dementiert wurde). Zuma umwirbt seit 2007 gezielt die afrikaanssprachigen Weißen. Er trifft sich mit Vertretern ihrer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elite, besucht aber auch Elendsviertel verarmter Weißer oder Tatorte brutaler Farmmorde und lässt Verständnis für die Anliegen dieser Bevölkerungsgruppe erkennen.

Diese Haltung weckt Erinnerungen daran, dass Zuma in der zweiten Jahreshälfte

1994 bei den Verhandlungen zwischen afrikaanssprachigen Weißen um General a.D. Constand Viljoen und dem ANC über die Implementierung des vom US-Botschafter Nathan Lyman vermittelten und am 23. April 1994 im Regierungssitz Union Building in Pretoria unterzeichneten »Accord on Afrikaner Self-Determination« eine sehr konstruktive Rolle spielte. Die Umsetzung dieses Abkommens scheiterte damals an der Zerstrittenheit der afrikaanssprachigen Weißen wie an der hinhaltenden Taktik von Mbeki und anderen ANC-Führern. Der in seiner zulusprachigen Kultur verwurzelte Zuma hat wahrscheinlich größeres Verständnis für das Bestreben ethnischer Gruppen, ihre sprachliche und kulturelle Identität zu wahren. Als Pragmatiker sieht er zudem die Vorteile eines Arrangements vor dem Hintergrund einer dünnen Personaldecke im Regierungslager.

Die afrikaanssprachige Bevölkerungsgruppe wird nur dann von der Haltung innerer bzw. äußerer Emigration Abstand nehmen, wenn sich ihre Angehörigen nicht länger wie Fremde im eigenen Land fühlen. Nur wer sie aus ihrem »Versailles« (Van Zyl Slabbert) herausführt, wer ihr einen garantierten Minderheitenschutz einräumt, kann auf ihr großes und unentbehrliches Potenzial für die Entwicklung Südafrikas zurückgreifen. Mögliche Vorbilder sind die auf den Friedensnobelpreisträger Martti Ahtisaari zurückgehenden Regeln zum Schutz der ethnischen Minderheiten in Kosovo und Mazedonien oder das nach blutigen Auseinandersetzungen entwickelte Autonomiestatut für Südtirol von 1972. Strittige Fragen wie die Landfrage (80 Prozent des kommerziell genutzten Farmlandes entfallen weiterhin auf ca. 50.000 weiße Farmer) müssen durch gemeinsam erarbeitete, konstruktive Kompromisslösungen entschärft werden. Unter Zuma, Motlanthe und Phosa hat Südafrika zumindest eine Chance auf Rückgewinnung von Stabilität. Wenn sie nicht genutzt wird, wird sich die Talfahrt der Kaprepublik beschleunigen.

Namibia – eine Erfolgsgeschichte

Nach über einem Jahrzehnt dauernder qualvoller internationaler Verhandlungsprozesse gelang es London und Washington, Südafrika zur Aufgabe Namibias zu veranlassen. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde das Land im März 1990 in die Unabhängigkeit entlassen. Zuvor war es nach 35-jähriger deutscher Kolonialzeit 70 Jahre lang faktisch die fünfte Provinz Südafrikas gewesen. Daher kann es nicht verwundern, dass es viele gravierende Probleme der einstigen Besatzungsmacht teilt: große Defizite im Ausbildungsniveau

auf allen Ebenen, eine sehr hohe HIV/Aids-Rate, Mangel an Fachleuten in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung, hohe, in der Regel strukturelle Arbeitslosigkeit, jedoch anders als Südafrika eine geringere und weniger blutrünstige Kriminalität. Und es gibt einen weiteren sehr wichtigen Unterschied: Namibia ist weit davon entfernt, Elendssiedlungen zu haben, in denen Millionen perspektivloser Jugendlicher leben.

Seit der Entlassung in die staatliche Unabhängigkeit wird Namibia von der Befreiungsbewegung South West African People's Organisation (SWAPO) regiert. Sie herrscht heute mit einer noch größeren Mehrheit als der ANC in Südafrika, nämlich mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Dennoch ist Namibia bis heute eine der stabilsten Demokratien Afrikas. Mit dem Abtritt des Gründungspräsidenten Samuel Nujoma (2005) und dem Amtsantritt des früher durchaus militant auftretenden Hifikepunge Pohamba hat sich die innenpolitische Situation allem Anschein nach beruhigt. Die militant-aggressive, anticolonialistische, rückwärtsgewandte Rhetorik und der Personenkult um Nujoma, der die SWAPO fast 50 Jahre lang bis zur Stabübergabe an Pohamba 2007 führte, sind von der Bildfläche verschwunden. Verschwunden sind mit dem Ausscheiden Nujomas auch die zuvor allzu häufigen Bekundungen der vermeintlich modellhaften Politik Mugabes, insbesondere von dessen »Landreform«. Eine Rückkehr zu früheren Vorstellungen ist allerdings vorstellbar und sorgt in Farmer- und Wirtschaftskreisen immer wieder einmal für Unruhe.

Noch zur Amtszeit Nujomas hatte die Regierung im Jahr 2004 die Enteignung von Farmen »im öffentlichen Interesse« angekündigt, um die bislang auf der Grundlage freiwilliger Verkäufe an den Staat durchgeführte Landreform zu beschleunigen. Namibias landwirtschaftliche Nutzfläche unterteilt sich in 36,2 Mio. Hektar kommerzielles Farmgebiet (davon 30,4 Mio. Hektar im Eigentum von weißen Namibiern und drei Millionen Hektar im Eigentum von Ausländern) sowie in 33,5 Mio. Hektar schwarze kleinbäuerliche Landwirtschaft in Kommunaleigentum. Seit 2004 sind nur sechs Farmen enteignet worden; weitere 24 überwiegend im Eigentum von Ausländern befindliche Anwesen wurden auf eine entsprechende Liste gesetzt. Die Regierung hat stets betont, dass Land und Betriebsmittel, wie in der Verfassung vorgesehen, adäquat entschädigt werden sollen. Darüber hinaus haben Gerichtsentscheidungen die Rechte betroffener Farmer gestärkt. Bei vereinzelt Fällen wilder Landbesetzungen ist die Polizei umgehend und energisch eingeschritten.

Die Landwirtschaft hat nur noch einen geringen Anteil am BIP, finanziert jedoch direkt oder indirekt den Lebensunterhalt von 70 Prozent der Bevölkerung. Ein Rück-



Die Haupteinkaufsstraße im Stadtzentrum von Windhoek der Hauptstadt von Namibia.

grat der Wirtschaft ist weiterhin der Bergbau, der die Exporte dominiert (Diamanten, Uran, Kupfer). Der tertiäre Sektor erwirtschaftet bereits die Hälfte des BIP; er profitiert von der modernen Infrastruktur des Landes. Zu nennen sind Telekommunikation, Finanzdienstleistungen und der blühende Tourismus, der viele Arbeitsplätze geschaffen hat. Fast eine Million ausländische Besucher kommt pro Jahr nach Namibia, ein Land mit 2,2 Mio. Einwohnern.

Die Namibia Defence Force (NDF) entstand aus ehemaligen SWAPO-Guerilleros und Angehörigen der »Südwestafrikanischen Gebietsmacht«, die an der Seite der südafrikanischen Armee gekämpft hatte. Ein British Military Advisory Training Team (BMATT) begleitete die Neuaufstellung einer Armee. Auch die Bundeswehr unterstützt Namibia seit 1992 durch Ausbildungs- und Ausstattungshilfe. Ein innenpolitisch sehr umstrittenes Abenteuer war die Entsendung von ca. 2.000 Soldaten in den kongolesischen Bürgerkrieg (1998-2002), wo sie vor allem in den Regionen Ost-Kasai und Nord-Katanga kämpften. Die Mission kostete dem Land Tote, Verwundete und Ressourcen, brachte ihm aber wenig ein. Heute zählt die NDF ca. 9.000 Mann (überwiegend Heer sowie kleine Luftwaffe und Marine), dazu kommen ca. 6.000 Mann in paramilitärischen Einheiten. Die Kampfkraft der Armee wird nicht all zu hoch eingeschätzt. Viele Panzer und Hubschrauber sollen nicht einsatzfähig sein. HIV/Aids ist ein großes Problem und häufigste Todesursache bei Soldaten.

Noch weniger als andere Staaten im südlichen Afrika kann Namibia, das wasserarme »Land zwischen zwei Wüsten« mit geringem Entwicklungspotenzial, den Weggang von qualifizierten Bürgern und den legalen oder illegalen Export von Kapital verkraften. Dennoch findet beides statt. Gefördert wird dies massiv durch die Unwägbarkeiten der Entwicklung in Südafrika.

Denn Namibia ist weiterhin stark von der regionalen Führungsmacht abhängig.

Die bei Staatsgründung vorhandenen Oppositionsparteien haben sich als schwach erwiesen und nur bei einzelnen Bevölkerungsgruppen Zulauf gefunden. 1999 und abermals 2007 verließen zum Teil prominente Persönlichkeiten die SWAPO. Der Gewerkschaftsführer Ben Ulenga gründete den Congress of Democrats (CoD), der wirtschaftsliberale frühere Minister Hidipo Hamutenya die Rally for Democracy and Progress (RDP). Der CoD ist inzwischen an seinen internen, wohl persönlichkeitsbezogenen Zwistigkeiten zerbrochen. Ob die RDP sich zu einer wirklichen Alternative zur SWAPO entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Allein die von der Regierungspartei zu verantwortende Misere im Ausbildungswesen bietet ihr genügend Angriffspunkte. Doch würde auch die RDP die sozioökonomischen Probleme Namibias nicht in den Griff bekommen. Denn der Rohstoffboom bringt auch Namibia kaum Arbeitsplätze.

Südafrika: der Schlüssel zu regionaler Stabilität

Im südlichen Afrika richtet sich der Blick der Weltgemeinschaft heute auf Simbabwe. Zu Recht wird ein Absturz des einstigen Musterlandes in Chaos und Anarchie befürchtet, begleitet von weiteren Flüchtlingsströmen und inneren Unruhen. Doch für die Stabilität des südlichen Afrikas und darüber hinaus des gesamten Raumes Sub-Sahara-Afrika wird die Entwicklung des Schlüssellandes Südafrikas entscheidend sein. Nur wenn es gelingt, die angeschlagene Kaprepublik zu stärken, kann es Hoffnung auf Frieden und Entwicklung geben. ■

Dr. Martin Pabst, Büro Forschung & Politikberatung, München und **Dr. Klaus Frhr. von der Ropp**, African Consulting, Potsdam